

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

41. Jahrgang / 189

3. Oktober 1986

Egon Lutz MdB kommentiert die neuesten Arbeitsmarktzahlen: Unter dem Strich nichts Neues aus Nürnberg.

Seite 1

Rudolf Dreßler MdB setzt sich für politische und soziale Gleichberechtigung ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien ein: „Gemeinsam leben - gemeinsam entscheiden.“

Seite 3

Hermann Wimmer MdB weist auf Widersprüche in der Agrarpolitik der Bundesregierung hin: Unglaubliche Agrarpolitik der Koalition.

Seite 4

Dr. Wolfgang Biermann, Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik beim SPD-Parteivorstand, kommentiert die amerikanischen SALT II-Vorwürfe gegen die Sowjetunion: „SALT II ist tot.“ (Teil I)

Seite 5

Unter dem Strich nichts Neues aus Nürnberg

Politik der Bundesregierung hat sich vom Heer der Arbeitslosen verabschiedet

Von Egon Lutz MdB

Obmann im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung der SPD-Bundestagsfraktion

Nun geben sie sich wieder in sattem Optimismus und stimmen angesichts der Arbeitsmarktzahlen für September ein schrilles Jubelgeschrei an.

Jubel — worüber eigentlich? Bei einer Arbeitslosenquote von 8,2 Prozent, bei 2,05 Millionen Arbeitslosen?

„Die Beschäftigung nimmt weiter zu“, weiß Heinrich Franke begütigend zu kommentieren. Gewiß, das bestreitet auch niemand. Statt solcher euphorischen Sprüche stünde der Bundesanstalt und der Bundesregierung mehr Ehrlichkeit in der Statistik selbst besser zu Gesicht. Schaut man sich nämlich die Septemberzahlen ohne die rosarote Brille der Bundesregierung genauer an und zieht das ab, was an manipulativem Machwerk darin steckt, so fallen die folgenden Tatsachen ins Auge:

— Eine Zunahme um 103.000 Kurzarbeiter

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2—10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortung für Inhalt
übernimmt das Redaktionsteam
Kocher-Druck



- Über 40.000 Arbeitslose, die nach Paragraph 105 c AFG nicht mehr in die Arbeitslosenzahl einfließen
- Eine Zunahme der beruflichen Förderungsmaßnahmen von 19 Prozent in einem Jahr
- Eine Zunahme der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen um 17 Prozent im gleichen Zeitraum.

Die alarmierende Zahl von Kurzarbeitern läuft diametral entgegen der angeblich so prächtigen konjunkturellen Lage. Die Maßnahme, insbesondere junge Menschen in berufsvorbereitende Maßnahmen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen unterzubringen und dann zu behaupten, vor allem jüngere Arbeitnehmer profitierten von den Besserungstendenzen des Arbeitsmarkts, ist ein plumper Trick: So werden Hunderttausende auf die Warteschleife gesetzt, damit sie erst einmal aus der Statistik heraus sind. Was dann später mit ihnen geschieht, danach fragt diese Bundesregierung heute wenig.

Rechnet man - wozu alles Recht besteht - zu den ausgewiesenen 2,05 Millionen Arbeitslosen diese 402.000 hinzu, so ergibt sich eine tatsächliche Arbeitslosenzahl im September 1986 von rund 2,5 Millionen. Mit anderen Worten: Positive Tendenzen am Arbeitsmarkt finden sich allenfalls in Spurenelementen.

Stattdessen aber nach wie vor erschreckende Zahlen bei denjenigen, deren Chancen am Arbeitsmarkt bereits seit längerer Zeit überdurchschnittlich schlecht sind:

- Über eine Million arbeitslose Frauen
- Eine Zunahme von über 2.000 arbeitsloser Ausländer im September
- Eine Zunahme von 1.600 Arbeitslosen im Alter von 59 Jahren und älter.

Fazit: Diejenigen, die keine Lobby haben, werden immer weiter ins arbeitsmarktpolitische Abseits gedrängt.

Nachfolgend noch einige Blicke auf bestimmte Berufsgruppen: Die Situation in den Metall- und Elektroberufen hat sich kaum verbessert. Hier schreibt die September-Statistik 273.000 Arbeitslose.

Unberührt vom angeblich positiven Trend blieb auch der Arbeitsmarkt für die Mehrzahl der Sozial- und Erziehungsberufe und für die Geisteswissenschaftler. Für diese drei Berufssparten lag die Arbeitslosenzahl Ende September bei insgesamt 108.000 und das bedeutet lediglich eine Abnahme von einem Prozent zum Vorjahresstand.

Regionale Spitzenreiter in der Arbeitslosenquote sind nach wie vor Schleswig-Holstein mit 10,9 Prozent, gefolgt von Niedersachsen mit 10,8 Prozent.

Zusammenfassend läßt sich auch für den Monat September des 4. „Aufschwungs“-Jahrs feststellen, daß sich die Politik dieser Bundesregierung endgültig vom Heer der Arbeitslosen verabschiedet hat. Trotz wohlmeinender Ratschläge von allen Seiten - zuletzt forderte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung die Bundesregierung auf, insbesondere im kommunalen Bereich endlich zu investieren - reagieren CDU/CSU und FDP auf die Ermahnung, endlich zu handeln, lediglich mit übertriebenem und deshalb peinlichem Zweckoptimismus.

(-/3.10.1986/st/fr/ks)

* * *



„Gemeinsam leben - gemeinsam entscheiden“

28. September bis 4. Oktober: „Die Woche der ausländischen Mitbürger“

Von Rudolf Dreßler MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Ausländische Arbeitnehmer

Wie in den vergangenen Jahren veranstaltet auch in diesem Jahr der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, die Deutsche Bischofskonferenz und die Griechisch-Orthodoxe Kirche in Deutschland eine Woche der ausländischen Mitbürger. In diesem Jahr steht sie unter dem Motto „Gemeinsam leben - gemeinsam entscheiden“.

Gerade nach den Ereignissen der letzten Wochen und Monate ist es besonders erfreulich, daß eine Vielzahl von Veranstaltungen und Initiativen unterstreichen, daß wir in den ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien Mitbürger und nicht unerwünschte Fremde sehen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich in der Vergangenheit immer wieder dafür eingesetzt, ein neugestaltetes Ausländerrecht zu schaffen, damit den Betroffenen eine überschaubare und zuverlässige Grundlage für ihre Lebensplanung gegeben werden kann. Schon im April 1984 hat die SPD-Bundestagsfraktion deswegen eine Große Anfrage zur „Fortentwicklung des Ausländerrechts“ eingebracht. Sie erzwang zu diesem Thema im Oktober 1984 eine Bundestagsdebatte.

Die Bundesregierung hat jedoch das Anliegen der SPD-Bundestagsfraktion nicht aufgegriffen. Sie hat im Gegenteil, unter dem Deckmantel, die Rückkehrbereitschaft von Ausländern zu fördern, gesetzliche Grundlagen geschaffen, die lediglich unsoziale Abschiebepolitik darstellen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich weiter dafür einsetzen, daß die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien politisch und sozial gleichberechtigt sind. Die unterschiedlichen kulturellen Lebensformen müssen akzeptiert werden, da sich nur dann Impulse und Chancen für eine neue Qualität des Zusammenlebens und der internationalen Zusammenarbeit ergeben.

So schön es ist, in der Woche der ausländischen Mitbürger gemeinsam mit unseren Mitbürgern zu feiern und zu diskutieren, so darf es nicht bei den Diskussionen bleiben. Der Regierungskoalition stünde es gut an, nicht nur liebenswürdige Grußworte zu sprechen, sondern endlich die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen, daß Ausländer tatsächlich Mitbürger werden und sich nicht als unerwünschte Fremdlinge fühlen müssen. (-/3.10.1986/va-ha/st)

* * *



Unglaubliche Agrarpolitik der Koalition

CDU/CSU und FDP blockieren das vorgezogene Altersruhegeld für Landwirte

Von Hermann Wimmer MdB

Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
des Deutschen Bundestages

Es ist schon erstaunlich, welches Ausmaß an Doppelzüngigkeit die Agrarpolitik der Koalition inzwischen angenommen hat. Da ziehen Regierungsmitglieder übers Land und sprechen sich allerorten für eine Vorruhestandsregelung für Landwirte aus - wenn das Thema jedoch im Ernährungsausschuß behandelt wird, blockiert die christlich-liberale Mehrheit entsprechende Bemühungen. Ein sozialdemokratischer Antrag zum vorgezogenen Altersruhegeld wurde heute im Ausschuß abgelehnt und von der Regierungskoalition in einen nichtssagenden Entschließungsantrag umgewandelt.

Der SPD-Antrag sollte die Bundesregierung auffordern,

1. sich im EG-Agrarministerrat für die Einführung eines vorgezogenen Altersruhegeldes für landwirtschaftliche Betriebsinhaber unter Berücksichtigung struktur-, sozial- und umweltpolitischer Ziele einzusetzen;
2. eine solche Regelung als nationale Maßnahme einzuführen, wenn sich im EG-Agrarministerrat ein vorgezogenes Altersruhegeld nicht durchsetzen läßt oder seine Verwirklichung sich unangemessen verzögern sollte.

Besonderes Gewicht erhält eine solche Regelung - die im übrigen auch in den Vorschlägen der EG-Kommission enthalten ist, welche vom DBV begrüßt wurden - durch die Tatsache, daß EG-weit jeder zweite Landwirt älter als 55 Jahre ist. In der Bundesrepublik ist fast jeder dritte Betriebsleiter älter als 55.

Neben der sozialpolitischen Komponente bräuchte ein vorgezogenes Altersruhegeld noch strukturelle Verbesserungen sowie eine gewisse Entlastung der überquellenden Agrarmärkte.

Die Blockade durch die Koalition zeigt wieder einmal überdeutlich, daß sie kein tragfähiges Konzept für die Agrarreform besitzt. (-/3.10.1986/vo-he/st)

* * *



„SALT II ist tot“ (Caspar Weinberger) (Teil I)

Sind sowjetische Vertragsverletzungen die Ursache für das amerikanische Abrücken von SALT?

Von Dr. Wolfgang Biermann
Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik beim SPD-Parteivorstand

Paul Warnke, früherer Chefunterhändler für SALT II, legte vor einiger Zeit in einem „Vorwärts“-Interview dar, daß bisher sowohl die USA als auch die Sowjetunion „die in SALT I und SALT II festgeschriebenen Rüstungsbeschränkungen sehr wohl eingehalten“ haben. Warnke kritisiert in dem Interview das amerikanische Aussteigen aus SALT II auch mit dem Hinweis darauf, daß dieser amerikanische Ausstieg der Sowjetunion freie Hand geben würde, die USA und ihre Alliierten ausgerechnet mit einem Anwachsen derjenigen Waffen zu bedrohen, die die Amerikaner als am gefährlichsten ansehen und die im SALT II-Vertrag erheblich begrenzt wurden: die landgestützten Interkontinentalraketen mit Mehrfachsprengköpfen. Die Sowjets seien „von den SALT-Begrenzungen stärker betroffen als wir“.

Inzwischen hat die Zeitschrift Arms Control Today eine Dokumentation eines Pressebriefings in Washington veröffentlicht, das die Arms Control Association und das Committee for National Security anlässlich der Totsagung von SALT II durch Präsident Reagan und Caspar Weinberger veranstaltete. Den Fragen der Presse stellten sich der frühere Direktor der US-Abrüstungsbehörde ACDA, Spurgeon M. Keeny, jr.; der ehemalige SALT II-Verhandlungsleiter Paul Warnke; der ehemalige Verhandlungsleiter für den ABM-Vertrag, Gerard Smith, sowie der frühere Verteidigungsminister Robert McNamara.

Die von ihnen vorgestellten Einschätzungen, Fakten und Dokumente ergeben ein vernichtendes Urteil über die Rüstungskontrollpolitik der Reagan-Administration:

1.

Die Behauptungen über eine ernsthafte Verletzung des SALT II-Abkommens durch die UdSSR erscheinen an den Haaren herbeigezogen. Der Bericht des Präsidenten an das Repräsentantenhaus vom 23. September 1985 strotzt selbst von schwammigen Formulierungen: Das Radar von Krasnojarsk „und andere sowjetische Aktivitäten bezüglich ABM deuten an, daß die UdSSR mit Arbeiten an einer ABM-Verteidigung ihres nationalen Territoriums beschäftigt sein könnte“. Die US-Regierung urteile, „daß die Beweislage hinsichtlich der sowjetischen Handlungen ... verschwommen ist“. Über die (verbotene) Dislozierung der SS-16-Interkontinentalrakete heißt es im Präsidentenbericht, daß nach früheren Untersuchungen „die Beweise nicht ganz eindeutig“, daß „wahrscheinlich eine Verletzung der rechtlichen Verpflichtung“ vorlag, daß aber inzwischen eine „Beseitigung der Ausrüstung für die SS-16“ festgestellt worden sei. Mit anderen Worten: Diesen Ansatz zur Mißachtung der SALT-Bestimmungen hatten die Sowjets selbst rückgängig gemacht.

In zwei Punkten berühren die US-Vorwürfe an die sowjetische Adresse Randbereiche beziehungsweise Grauzonen von SALT II, die nach Meinung des früheren ACDA-Direktors Keeny zwar „untersuchungswürdig, aber von geringer Bedeutung“ sind:

- Ist die neue mobile Interkontinentalrakete mit einem Sprengkopf vom Typ SS 25, die anstelle der alten SS-13-Raketen stationiert wird, eine „Modernisierung“ (wie Moskau behauptet), oder eine „Vertragsverletzung“, wie Reagan meint? Außenminister Shultz deutete in einer Erklärung vom 18. März 1985 selbst die Brüchigkeit der Anklage an: „Ob die SS 25 mit dem Buchstaben des (SALT II-) Vertrages übereinstimmt, ist eine Frage, die von einem Juristen interpretiert werden könnte.“
- Der andere Vorwurf besagt, daß die UdSSR die telemetrischen Daten ihrer Raketentests vertragswidrig verschlüssele. Tatsächlich verschlüsseln beide Seiten ihre Testdaten und sie dürfen es nach



der recht vagen Bestimmung des SALT-Vertrages nur soweit, daß „Verifikation nicht verhindert“ wird. Nach Angaben von Keeny hatten die USA nicht einmal erklärt, „welche Telemetriedaten nicht verschlüsselt werden sollten“.

Angesichts solcher vagen Vertragsverstöße das ganze amerikanisch-sowjetische Vertragswerk infrage zu stellen, ist nach Meinung McNamaras völlig unangemessen:

„Ich nehme an, daß keine der beiden Seiten die Rüstungskontrollabkommen in einer Weise verletzt hat, die ernsthaft das militärische Gleichgewicht verändert hätte. Ich will keine sowjetischen Verstöße rechtfertigen..., aber a) die Verstöße haben nicht das militärische Gleichgewicht verändert; b) es gibt Wege, auf denen wir solche Verstöße ansprechen und befriedigende Lösungen aushandeln können. Wir haben dies in der Vergangenheit durch den (sowjetisch-amerikanischen) Ständigen Beratungsausschuß getan; und c) die Aktion, die wir nun als Antwort auf die Verletzungen unternehmen, ist total unangemessen: Sie wird zu einer Veränderung ... im militärischen Gleichgewicht führen. Die Veränderung wird auf zwei Wegen erfolgen, die sehr teuer sind und die Kriseninstabilität verschärfen.“

In Stellungnahmen des amerikanischen Vertreters in der (sowjetisch-amerikanischen) Ständigen Beratungsgruppe, General Richard Ellis, des früheren Direktors des politisch-militärischen Büros im State Department, General Chaine, sowie der vereinten Stabschefs der US-Streitkräfte wurde unabhängig voneinander festgestellt, daß sich die Sowjets ihrer Kenntnis nach an die Begrenzungen des SALT II-Vertrages halten. Offensichtlich bläht der Bericht der amerikanischen Regierung über sowjetische Vertragsverletzungen Vermutungen oder tatsächliche Grauzonen auf, während er die umfassenden, vertraglich vorgeschriebenen und eingehaltenen Verschrottungsmaßnahmen der UdSSR verschweigt.

2.

Unter dem Gesichtspunkt der amerikanischen Sicherheit ist das amerikanische Abrücken von SALT II geradezu absurd. Der Forschungsdienst des US-Kongresses hat nach Aussagen von Robert McNamara ausgerechnet, daß die Sowjetunion bei einer Aufkündigung von SALT II bis 1990 statt rund 9.300 rund 17.000 Atomsprenköpfe auf jene Raketen installieren könnte, die die Administration als „Erstschlagswaffen“ interpretiert. Gerade aufgrund dieser Fähigkeiten der UdSSR, ihre „warmen Produktionslinien“ voll auszufahren, setzten sich die vereinten Stabschefs der US-Streitkräfte für die Einhaltung von SALT II ein. Paul Warnkes Begründung für das Festhalten an SALT II aus Gründen der nationalen Sicherheit der USA: „Die Sowjets haben warme Produktionslinien für einige ihrer Interkontinentalraketen. Sie könnten diese Dinger wie Würstchen produzieren.“

3.

Es ist kein Geheimnis, daß der ABM-Vertrag zur Begrenzung der Raketenabwehrsysteme Bestandteil des SALT I-Vertrages ist. Folglich ist das Abrücken von SALT gleichzeitig ein Abrücken vom ABM-Vertrag. Robert McNamara dazu: „Von SALT abzurücken, ist meiner Meinung nach eine Tragödie. Vom ABM-Vertrag abzurücken, wäre eine Katastrophe ... Wir brauchten sechs Jahre, vom November 1966 bis zum Mai 1972, um die Sowjets zu überzeugen, daß der ABM-Vertrag auch in ihrem Interesse war. ... Und wenn wir jetzt von den SALT- und ABM-Vertragsstrukturen abrücken, garantiere ich eine Beschleunigung des Wettrüstens mit offensiven Waffen, wie wir es uns heute kaum vorstellen können.“
(-/3.10.1986/st/ks)

* * *

(Fortsetzung folgt in unserer nächsten Ausgabe)

